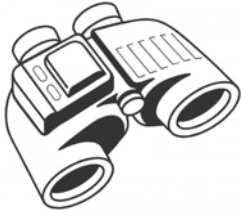


Boltenhagener



EINBLICKE

Zeitung von Boltenhagener für Boltenhagener und Ihre Gäste



**Fix was los im
Ostseebad
Boltenhagen**

-Seebrückenfest-

Sehr geehrte Einwohner/-innen von Boltenhagen.

Diese Ausgabe der Boltenhagener Einblicke liefert Ihnen Daten, Fakten, Einblicke von Ereignissen, Merkwürdigkeiten und Unglaublichem. Informationen die so bisher noch in keiner Zeitung veröffentlicht wurden. Diese Druckschrift liefert Ihnen einen ganz neuen Eindruck von bisherigen Vorkommnissen, die in der Tagespresse gerne vermieden werden. Damit will ich nicht unterstellen, dass die Presseorgane nur Unwahrheiten verbreiten. Man kann auch mit einem Teil der Wahrheit eine Meinung gestalten. Wenn man das dann möglichst oft wiederholt, wird es im Unterbewusstsein immer wahrer. Jede Wahrheit resultiert aber auf mindestens drei Meinungen. Die Eine, die Andere und die Eigene. Alles zusammen möchten wir mit dieser Zeitung zusammenstellen um einen möglichst allumfassenden Sachverhalt wiederzugeben. Ob uns das gelingt, entscheiden Sie. Doch lesen Sie selbst:



Tollhaus Boltenhagen

Vor Boltenhagen stehen schlimme Zeiten,

Boltenhagen darf nicht Boltenhagen bleiben.

Private Interessen zerstörten den Ort,
die Amtsfreiheit und der gewählte Bürgermeister mussten fort.

Mit ihrem Wahlversprechen für Amtsfreiheit hat man die Wähler belogen,
dafür bekamen sie noch Unterstützung von oben.

Die das Sagen haben traten Boltenhagens Absturz los,
die Empörung im Volk war riesengroß.

Die Bevölkerung ist empört, der Streit ist entfacht,
die Rechtsanwälte haben jetzt die Macht.

So schuf man ein Tollhaus mit Streit, Verleumdung und Zank,
überall liegen die Nerven blank.

All das sah der Bürger mit Unbehagen,
so ist das mit der Demokratie in Boltenhagen.

In dieser Scheindemokratie ist es nun so verzwickelt,
da wird jede Bürgerbewegung im Keim erstickt.

Das Volk wollte demokratisch entscheiden,
denn so wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben.

Doch des Volkes Wille will man nicht haben,
zwei Bürgerbegehren wurden niedergeschlagen.

Aber wichtiger, wohin man drängt,
die Demokratie ist, an der man hängt.

Das alles geht in Boltenhagen nicht von allein,
beherzte Bürger müssen sein,
die Anteil am Geschehen nehmen,
nicht verzagen, sich nicht in allen bequemen.

Die Bürger wollen wieder politisch agieren,
sie dürfen vor den Oberen nicht kapitulieren,
denn häufig sich die Meinung trennt,
was man im Ort demokratisch nennt.

Denn das Einzige, was die Oberen stört,
ist der Wähler, der nicht mehr nur auf ihre Worte hört.



Güni

Kennen Sie das Bürgerforum?

Das Bürgerforum Ostseebad Boltenhagen (BfB) versteht sich als parteienunabhängige Wählergruppe. Die Mitglieder und Unterstützer des BfB repräsentieren eine große Anzahl von Berufen und alle wählbaren Altersgruppen. Der sich daraus ergebende Sachverstand soll für die Weiterführung der positiven Ortsentwicklung genutzt werden. Wir möchten den Ort positiv weiterentwickeln. Wir stehen für eine unabhängige ehrliche überparteiliche politische Kultur zum Wohle der Bürger und des Ortes. Sollte es Sie interessieren, möchten Sie mehr erfahren, oder möchten Sie mitwirken? Nehmen Sie mit uns Kontakt auf - wir melden uns. Internet: www.buergerforum-boltenhagen.de oder E-Mail: info@bfbboltenhagen.de und Telefon: 0172-4511479

Impressum

"Boltenhagener Einblicke"

Rosenweg 15

23946 Ostseebad Boltenhagen

Telefon 0172-4511479

Mail: boltenhagener-einblicke@t-online.de

Herausgeber: Redaktionskollegium

Swen Bertram, Jörg Gniwotta, Thomas Nohr,

Hartmut Okken, Wolfgang Seidel.

Die Beiträge sind Meinungen der jeweiligen Autoren.

Gestaltung/Layout: Jan Gornowicz

"Tollhaus Boltenhagen", oder man könnte es auch anders sehen!

Wie kürzlich die Tagespresse berichtete, soll Innenminister Lorenz Caffier den Begriff vom „Tollhaus Boltenhagen“ geprägt haben, als er über die politischen Zustände im Ostseebad befragt wurde.

„Tollhaus“, da versteht so mancher etwas Anderes drunter:

- Die freie Enzyklopädie „Wikipedia“ meint dazu: Tollhaus steht für Irrenhaus, eine sehr veraltete, heute abwertend empfundene Bezeichnung für Psychiatrische Klinik oder Nervenheilanstalt.
- die CDU-Gemeindevertreter: möchten gerne den gewählten Bürgermeister loswerden
- das Amt Klützer Winkel: wollen erst den Bürgermeister nicht übernehmen um ihm dann, nach gewonnener Wahl, praktisch ein Amt aufdrängen
- der gewählte Bürgermeister: der sein Wahlamt nicht wahrnehmen darf
- die OZ-gebildeten Leser: die alles nicht verstehen, weil ihnen vieles vorenthalten wird
- oder eben Innenminister Caffier (CDU): der das alles mit der Aufhebung der Amtsfreiheit erst verursacht hatte

So weit, so unschön. Betrachten wir doch einmal den Werdegang und das, was die Presse bisher verschwiegen hat.

Der im Jahr 2007 gewählte hauptamtliche Bürgermeister versuchte die in der Gemeinde angesammelten Missstände der vergangenen Jahre aufzuklären. Infolgedessen musste er die ehemalige Kämmerin, die mittlerweile verurteilt wurde, aus dem Dienst entlassen. Dagegen hatten sich die CDU-Gemeindevertreter mit ihrer Gefolgschaft vehement für die Weiterbeschäftigung und Bezahlung der Kämmerin eingesetzt und damit die Verfehlungen gutgeheißen. Zu dieser Zeit lag auch der Gemeindeprüfbericht vor, der weitere Unregelmäßigkeiten aufzeigte. Das, und weitere Unverträglichkeiten zwischen Bürgermeister und Gemeindevertretung führte zu der überlieferten CDU-Aussage: „Der Bürgermeister muss weg“. Aber wie? Ein Besuch der Orts-CDU bei Innenminister Caffier (CDU) sollte Hilfe bringen. Dabei entstand dann die Variante: „Aufhebung der Amtsfreiheit der Gemeinde Boltenhagen.“ Das heißt, die Aufgabe der Amtsfreiheit, gegen die die Gemeinde bereits 1992 erfolgreich geklagt hatte und die bis 2010 eine „heilige Kuh“ war. Das sollte nun nicht mehr gelten. Für das große

Ziel war diesen Gemeindevertretern nichts mehr heilig. Der Deal mit dem Amt Klützer Winkel wurde eingefädelt, schließlich saß ja sogar in der Gemeindevertretung eine leitende Mitarbeiterin des Amtes. Ab dem 01.07.2011 lief die verwaltungstechnische Abwicklung der Gemeinde, des Personals und des Bürgermeisters ab. Eigentlich war der Bürgermeister ja „über“. Der Klützer Amtsvorsteher wollte sogar klagen, wenn der Innenminister eine Übernahme des Bürgermeisters verordnen würde. Also erfand man erst einmal den Posten eines „Account Managers“ in der Kurverwaltung. Befristet bis zum 31.12.2011, danach benötigt man so einen Posten offenbar nicht mehr? Die Sache entlarvt seinen Erfinder!

Jetzt benötigte die Gemeinde einen ehrenamtlichen Bürgermeister und wählte daher erneut. Der ehemals hauptamtliche Bürgermeister wurde mit mehr als 70 % der Stimmen erneut gewählt und der Mitbewerber von der CDU musste eine herbe Niederlage verkraften.

Diese Wahlniederlage für die CDU war ein strategischer Webfehler, den man nun korrigieren musste.

Also musste eine Arbeit für den Bürgermeister in Klütz „erfunden“ werden. Das benötigte seine Zeit, daher bekam er auch erst am 30.01.2012, mit 7-monatiger Verspätung, vom CDU-Wahlverlierer eine „Übernahmeverfügung“ für ein Amt im Klützer Winkel.

Was im Jahr 2011 noch völlig unmöglich war, musste nun schnellstens geschehen. Denn jetzt konnte man auf den § 25 der Kommunalverfassung – der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat- verweisen. Das bedeutet: **Der Wählerwille wird mit einer konstruierten Situation gezielt und ganz bewusst unterlaufen!**

Die Gerichte entscheiden seitdem so, weil sie deshalb so entscheiden können. Es wird nur die Situation in Bezug auf „Amt und Mandat“ betrachtet und nicht die gesamte „Der Bürgermeister muss weg-Strategie“.

Der Wähler aus Boltenhagen kann diese Situation aber bei der nächsten Wahl berücksichtigen! Wir werden die Bürger an die Gemeindevertreter erinnern, die die Amtsfreiheit aus niederen Beweggründen geopfert haben.

Wir werden an Innenminister Caffier (CDU) erinnern, der willfährig seinen CDU-Parteifreunden geholfen hat.

Damit das kein Boltenhagener Einwohner je vergisst, sollte ein Gedenkstein für das „Tollhaus Boltenhagen“ aufgestellt werden. Spendengelder werden sicher reichlich dafür eintreffen.

H. Okken

Empfehlung Helmut Kohl an seine „Ziehkinder“:
„Zimperlichkeit im Umgang mit Gesetzen und Verfassung kann hinderlich sein,
wenn es gilt, politische Gegner zu erledigen.“

Soziales im Blick: Sozialverband Deutschland – Ortsverband Klütz/Boltenhagen

Wir freuen uns, Ihnen den SoVD näher vorstellen und Sie mit unserer Arbeit im Ortsverband Klütz/Boltenhagen vertraut machen zu können. Der Ortsverband hat zur Zeit 68 Mitglieder und sieht sich als sozialer Dienstleister für die Mitglieder, dabei werden die folgenden Dienste angeboten:

- Der SOVD-Klütz/Boltenhagen vertritt Rentner aus der gesetzlichen Sozialversicherung, Sozialversicherte allgemein, Patienten, Kriegs- und Wehrdienststopfer, Arbeitsunfallverletzte, Sozialhilfeempfänger und setzt ihre berechtigten Forderungen gegenüber Behörden, Ämtern und Regierungen durch.
- Beratung der Mitglieder über ihre sozialen Rechte und Hilfe bei Antragsstellungen.
- Vertretung vor den Sozialgerichten.
- Förderung der beruflichen und gesellschaftlichen Eingliederung von Menschen mit Behinderungen und die Gestaltung einer barrierefreien Umwelt.
- Unterstützung bei der Beantragung von Behindertenausweisen und Pflegestufen
- Organisation von Veranstaltungen mit Fachvorträgen von Vertretern der Polizei, Versicherungen und Ernährungsberatungen

Leider sind zur Erfüllung der umfangreichen und vielfältigen Aufgaben dem Ortsverband auch finanzielle Grenzen gesetzt. Mit der Unterstützung von Sponsoren aus Boltenhagen und Tarnewitz sowie Klütz kann der Ortsverband viel für die Mitglieder tun. Dafür bedankt sich der Ortsverband bei den Sponsoren. Wer den Ortsverband mit Sach- oder Geldspenden unterstützen möchte, kann sich an den Vorsitzenden Dieter Frank (Telefon: 038825 -22280) wenden. Selbstverständlich erhalten die Sponsoren für Geldspenden eine Spendenquittung.

Unter dem Motto: „Mit Senioren, von Senioren, für Senioren“ veranstaltet der Ortsverband Klütz/Boltenhagen regelmäßig Ausflüge, gemeinsames Kegeln und Kartenspielen. Die Hände in den Schoß legen, das ist nicht die Vorstellung, die sich die Macher des Ortsverbandes für die älteren Mitglieder machen. Die Seniorinnen und Senioren sind aktiv und engagiert wie nie zuvor. Die jüngste Ausfahrt im August führte zu der Gasthausbrauerei VIELANKER. Dort wurden die Ausflugsteilnehmer in fast alle Geheimnisse der Braukunst eingeweiht und haben den Werdegang vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt bei einer Brauerführung kennengelernt. Wie ausgiebig die anschließende Bierverkostung ausfiel? Auf jeden Fall war es ein unterhaltsamer und informativer Ausflug durch die Welt der Vielanker Brauerei.



„Gemütliches Treffen in der Radlerpension Redewisch Ausbau“

Swen Bertram

Für Interessenten, die gern mit Gleichgesinnten Kartenspielen oder Kegeln möchten, bietet der Ortsverband in Boltenhagen wöchentlich Veranstaltungen an. Machen Sie mit und melden Sie sich unter der Telefonnummer 038825-22280 an.

Das Alter hat die Heiterkeit dessen, der seine Fesseln los ist und sich nun frei bewegt.
(Arthur Schopenhauer)

Das Maß ist voll! Rücktritt des Senioren- und Behindertenbeirates

Am 23.05.2012 fragte Frau Mertins als Vorsitzende des Senioren- und Behindertenbeirats im öffentlichen Sitzungsteil der Sitzung der Gemeindevertreter die 2.stellvertr. Bürgermeisterin Bräunig und die anwesenden Gemeindevertreter: „...Wer von Ihnen hat jemals nach unserer Arbeit gefragt, nach unseren Problemen oder Erfahrungen. Wann standen jemals die Senioren auf der Tagesordnung?...“

Und weiter: „... Ein besseres Verständnis, einfach nur Beachtung und Unterstützung unseres freiwilligen ehrenamtlichen Wirkens hätten wir von den Verantwortlichen erwartet, die uns gewählt haben, nämlich von Ihnen als Mitglieder der Gemeindevertretung...“

Die Mitglieder des Senioren- und Behindertenbeirates haben sich mit vielfältigen Problemen beschäftigt und unter schwierigen Bedingungen Klärungen für die Mitbürger erreicht und Lösungen geschaffen.

Frau Mertins hat sich bei allen Mitbürgern bedankt, die sich mit Problemen und Anliegen an den Beirat gewandt haben.

Wer nun erwartet hätte, dass sich die Versammlungsleiterin oder die anwesenden Gemeindevertreter bei Frau Mertins und den Mitgliedern des Senioren- und Behindertenbeirates für die geleistete Arbeit bedankt haben, der hat sich getäuscht.

Frau Bräunig (SPD), die die Sitzung der Gemeindevertretung leitete erklärte laut Protokoll: „...dass Herr Giewald als Ausschussvorsitzender des Sozialausschuss stets ein offenes Ohr für die Belange des Senioren- und Behindertenbeirats hatte. Auch wurde dem Beirat im Sozialausschuss die Möglichkeit geboten über ihre Tätigkeiten zu berichten....“. Nicht protokolliert wurde, offenbar haben es die Sitzungsleitung und Protokollanten nicht bemerkt oder wollten es nicht wahrnehmen, die Erklärung der Vorsitzenden des Senioren- und

Behindertenbeirats: „... In unserer Sitzung vom 22.03. erfolgte die einheitliche Entscheidung aller Mitglieder, aufgrund der gegebenen Bedingungen, unsere ehrenamtliche Arbeit zu beenden...“



Das war einmal! Die zurückgetretenen Mitglieder des Senioren- und Behindertenbeirates unserer Gemeinde.

Herbert Rickers (Blindenverein), Gisela Günther (Sportverein), Bibiana Steiner (Sozialverband), Eleonore Mertins (BRH) und Jürgen Multhaupt (Kirchgemeinde).

Für die Senioren und Behinderten der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen bleibt die Hoffnung, dass ein neuer Beirat zukünftig mehr Zustimmung und Unterstützung durch die Gemeindevertreter erfahren wird.

Vielleicht ist es für einige Gemeindevertreter möglich, aus den Fehlern im Umgang mit den Vertretern der Senioren und Behinderten zu lernen? Ihre Erfahrungen aus den Fehlern zu verarbeiten und in Wissen zu verwandeln? Na ja; denken darf man das ja wohl, oder?

Swen Bertram

Zitate aus Politik und Verwaltung

25.02.2011 Ein Anwalt, der die Interessen des der Gemeinde vertritt, stellte fest: „.. dass nach einschlägigen Bestimmungen des Beamtenstatusgesetzes der hauptamtliche Bürgermeister der Gemeinde Boltenhagen mit dem Wegfall der Amtsfreiheit der Gemeinde Boltenhagen kraft Gesetzes in den einstweiligen Ruhestand versetzt wird.“

25.02.2011 Der Amtsvorsteher des Amtes Klützer Winkel, Herr Dietrich Neick, stellt fest: „..dass das Amt Klützer Winkel gegen eine Verordnung des Innenministeriums, welche die Übernahme des hauptamtlichen Bürgermeisters der Gemeinde Boltenhagen in den Dienst

des Amtes Klützer Winkel vorschreibt, Klage erheben wird.“

06.07.2011 Der Amtsvorsteher des Amtes Klützer Winkel, Herr Dietrich Neick, erklärt in der Ostsee Zeitung vom 06.07.2011: „..Andernfalls hätte man den 52-jährigen in den Ruhestand versetzen müssen, weil es im Amt keine angemessene Beschäftigung für Olaf Claus gebe.“ Er betont: „. Wir haben bei uns keine Stelle .“

Ein großer Politiker unseres Landes, Konrad Adenauer, würde dazu sagen: „..Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.“

Swen Bertram

ZAHLEN - FAKTEN - HINTERGRÜNDE - ERKLÄRUNGEN

Wer den Bericht zur überörtlichen Prüfung der (damals noch) amtsfreien Gemeinde Ostseebad Boltenhagen für die Haushaltsjahre 2006 bis 2009 gelesen hat, fand auf der Seite 23 die folgende Kurzinformation für das Haushaltsjahr 2007:

Mit der Nachtragsplanung wurden die folgenden HHST (Haushaltsstelle) eingerichtet:

- HHST 900.84100 Niederschlagung Gewerbesteuer 530.300 €
- HHST 030.84100 Niederschlagung Nachzahlungszinsen 16.100 € Gewerbesteuer

Die Beträge wurden laut Beschlüsse der Gemeindevertretung unbefristet niedergeschlagen.



Christian Schmiedeberg (nachzulesen in der OZ vom 09.03.2011) : „Es ist in der Tat richtig, dass es in den Prüfberichten (des Gemeindeprüfungsamtes) eine Reihe von Ungereimtheiten gibt, die uns entsetzt haben“.

Das stimmt! Obwohl der damalige Vorsitzende der Gemeindevertretung nicht darüber entsetzt war, wie viel Anteil er und weitere Akteure daran hatten, dass eine Gewerbesteuerforderung der Gemeinde in Höhe von € 530.300 nicht realisiert werden konnte.

Meinte der damalige Vorsitzende der Gemeindevertretung Christian Schmiedeberg, dass es Ungereimtheiten im Prüfbericht gab, oder die Handlungen der Verantwortungsträger?

Das aufzuklären, wäre eine Aufgabe gewesen, mit der sich die damaligen Gemeindevertreter nach der Vorlage des Berichtes des Gemeindeprüfungsamtes hätten auszeichnen können. Haben sie aber nicht. Wollen sie auch nicht! Der Bericht des Prüfungsamtes war zu keiner Zeit ein erwähnenswertes Thema in einer Gemeindevertreter-sitzung noch in einem der Ausschüsse.

Lediglich zur Argumentation für die Notwendigkeit der Aufgabe der Amtsfreiheit wurde der Bericht herangezogen und von den Gemeindevertretern umgedeutet, nämlich die Verwaltung des Ostseebades Boltenhagen sei verantwortlich für die „Ungereimtheiten“.

Lediglich Wolfgang Seidel vom Bürgerforum Ostseebad Boltenhagen hat sich dieser Scheinargumentation nicht angeschlossen.

Heute, aus einer Distanz von mehr als 12 monatiger Zugehörigkeit zum Amt Klützer Winkel, wird überdeutlich sichtbar, dass die Gemeindevertreter unter Führung der CDU-Wortführer Hans-Otto Schmiedeberg und Christian Schmiedeberg damals und heute nur ein Ziel verfolgen:

„wie werden wir den Bürgermeister Claus Ios“. Im Aktions-Programm der CDU, SPD, LINKE, FDP und Hanse ist nicht vorgesehen, den Willen der Wähler Boltenhagens zu akzeptieren. In zwei Wahlen wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, wer der gewählte Bürgermeister des Ortes ist.

Zurück zum Thema Gewerbesteuer-Papillon! Um zu verhindern, dass dieses Thema angepackt wurde, mussten die möglichen Aufklärer aus dem Sattel gehoben werden.

Dazu hätte der damalige hauptamtliche Bürgermeister und die Verwaltung durchaus Einblicke geben können, nämlich welcher Personenkreis durch verantwortungsloses Handeln und Unterlassen organisiert hat, dass Steuerschuldner der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen Gewerbesteuern und Zinsen auf Gewerbesteuern in Höhe von insgesamt 546.000 € nicht eingefordert und unter Verstoß gegen die eigene Stundungssatzung nicht besichert haben. Für die damaligen Eigentümer der Ferienanlage Papillon war das Handeln der damals Verantwortlichen ein Steuergeschenk, nämlich ein Steuersparmodell für Investoren.

Und damit kommen wir zu den verantwortlichen Funktionsträgern aus der Boltenhagener Verwaltung und der Ausschüsse sowie der Gemeindevertretung, die diesen Gewerbesteuer-Deal möglich machten und der Gemeinde einen Schaden von mindestens 546.000 € zugefügt haben:

1. die damalige Bürgermeisterin Frau Christiane Meier (CDU) (heute stellvertr. Vorsitzende des Finanzausschusses)
2. die damalige Kämmerin Frau Katrin Dietrich
3. Herr Hans Otto Schmiedeberg, damals und heute Vorsitzender der CDU -Boltenhagen und auch des Finanzausschusses der Gemeinde
4. Herr Christian Schmiedeberg als damaliger Vorsitzender der Gemeindevertretung.
5. Der SPD-Fraktionsvorsitzende und frühere Bürgermeister Hans-Dieter Schultz

Die Hauptakteure sind damit genannt, womit nunmehr Hintergründe von Handlungen und Unterlassungen dargestellt werden können. Die Fakten zeigen, warum alle beteiligten Funktionsträger der Gemeindevertretung und der Gemeindeverwaltung kein Interesse an einer Aufklärung haben.

Öffentliche Mittel sind staatliche und kommunale Gelder, die - im Gegensatz zu den privaten - nur Ärger machen, bevor sie verschwendet werden.
(unbekannt)



Und hier die nackten Tatsachen:

Papillon-Gewerbesteuern der Jahre 1997 und 1998 sowie 1999

- Papillon-Gewerbesteuerschuld für das Jahr 1997: € 317.467
- Papillon-Gewerbesteuerschuld für das Jahr 1998: € 213.004

Vom Gesamtbetrag von € 530.471 waren zur Zahlung fällig: im März 2000 = € 458.301 und im März 2003 = 72.170. Beahlt wurden bis heute: € 0,00.

Die Gesellschafter des Feriendorfes Papillon sind verstorben oder meldeten Insolvenz an.

Und nun zu den Spielregeln, an die sich weder die Bürgermeisterin Frau Christiane Meier, noch der für Steuern zuständige Finanzausschussvorsitzende, Herr Hans Otto Schmiedeberg sowie die Rechnungsprüfungsausschussvorsitzende Frau Beatrix Bräunig und die Kämmerin der Verwaltung gehalten haben. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Christian Schmiedeberg, und die Mitglieder der Gemeindevertretung haben die eigene Steuersatzung ignoriert. Alle Organe haben zum Nachteil der Gemeinde Boltenhagen Einnahmeausfälle in Höhe von mindestens 546.000 zu verantworten.

Die Gemeindeverwaltung und die Gemeindevertretung hätten nach der Satzung der Gemeinde über „Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen“ aus dem Jahre 2001 handeln müssen (diese Satzung wurde unterzeichnet von der damaligen Bürgermeisterin Christiane Meier).

Für Stundungen die einen Betrag von € 5.000 überschreiten ist die gewählte Gemeindevertretung verantwortlich. Und nun wortwörtlich aus der Satzung:

„Die Stundungen sind in den Fällen, in denen es aus besonderen Gründen geboten erscheint, nur gegen Sicherheitsleistungen zu gewähren, insbesondere, wenn Stundungen über einen Zeitraum von zwei Jahren hinausgehen und einen Betrag von 2.500 Euro übersteigen.“

Für die Niederschlagung von Beträgen, die einen Betrag von € 2.500 überschreiten, ist ebenfalls die gewählte Gemeindevertretung zuständig. Für die niedergeschlagenen Forderungen hat die Kämmererei eine Überwachungsliste zu führen.

Für den Erlass von Forderungen, die einen Betrag von € 1.250 überschreiten, zeichnet die Gemeindeverwaltung verantwortlich.

Hier noch einmal die Worte des CDU-Mitgliedes Christian Schmiedeberg (nachzulesen in der OZ vom 09.03.2011) : „Es ist in der Tat richtig, dass es in den

Prüfberichten eine Reihe von Ungereimtheiten gibt, die uns entsetzt haben“.

Richtig entsetzt wäre der damalige Vorsitzende der Gemeindevertretung gewesen, wenn der Gemeindeprüfungsbericht die Hintergründe zum Fall Papillon aufgeklärt hätte. Dort hätte man dann auch lesen können.

1. Es gab einen Stundungsantrag der Gesellschafter des Feriendorfes Papillon, gestellt im März 2000, die sich auf Gewerbesteuerbescheide der Jahre 1997 und 1998 beziehen. Im Stundungsantragsschreiben bitten die Steuerschuldner darum, die Gewerbesteuerschuld mit der Errichtung eines Sport- und Freizeitzentrums in der Kastanienallee zu verrechnen! In dem Schreiben betont der Papillon Geschäftsführer, Dr. Karl A. Engelter, ausdrücklich „Da in der Vergangenheit die Gemeinde eine mögliche Aufrechnung positiv bewertet hat, bitten wir um vorläufige Stundung der Steuer bis zur Entscheidung“
2. Eine Vorlage für die Sitzung der Gemeindevertretersitzung im Februar 2000 soll dem Bürgermeister empfehlen, Verhandlungen mit dem potentiellen Investor Dr. Engelter wegen der geplanten Freizeitanlage Kastanienallee zu führen. Der Vorsitzende der SPD und frühere Bürgermeister H.D. Schulz erklärte zu diesem Tagesordnungspunkt: „Dr. Engelter hat bereits 1998 angeboten, im diesem Bereich tätig zu werden. Zunächst sollte die Gewerbesteuer für dieses Vorhaben eingesetzt werden, diese Idee wurde jedoch verworfen“ Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende hatte noch beizufügen: „Er sieht Herrn Dr. Engelter ebenfalls als verlässlichen Investor. Zur Gewerbesteuer, die von Herrn Dr. Engelter in diesem Jahr zufließen wird, schlägt Herr Schultz vor,...“
3. Am 23.03.2000 wurde in einem Tagesordnungspunkt beantragt, dass die Gemeinde beschließen möge, dem Feriendorf Papillon eine Gewerbesteuerstundung bis zum 31.12.2000 zu gewähren. Die Gemeindevertreter stimmten zu, die Forderung durch eine Eintragung in das Grundbuch abzusichern.
4. In der Gemeindevertretersitzung 27. April 2000 betonte der Gemeindevertreter Hans Otto Schmiedeberg, dass über einen Stundungsantrag wegen der Gewerbesteuerschulden des Feriendorfes Papillon nicht abgestimmt werden könne, weil die Absicherung zu prüfen sein.
5. Am 30.08.2000 beantwortete die Bürgermeisterin Meier eine Anfrage des Gemeindevertreters Drews: „... in den nächsten Tagen ...“ wird mit einem Zahlungseingang der Forderungen gerechnet.
6. Dann passierte weiter: NICHTS! Erst im August 2001 sind wieder Aktivitäten der Organe der Verwaltung und Gemeindevertretung zu melden. Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung haben sich damit zufrieden gegeben, von den GBR-Gesellschaftern des Familiendorfes Papillon

Engelter und Kornblum im August 2001 Abtretungsurkunden einer Eigentümergrundschuld zur Sicherung der Gewerbesteuerforderungen zu erhalten.

7. Am 19.06.2002 fragte der Gemeindevertreter Drews erneut nach dem Sachstand.
 - a. Die Bürgermeisterin Meier antwortete, dass keine Zahlung erfolgt sei.
 - b. Die Bürgermeisterin Meier betonte, dass eine Grundschuld bestellt sei.
8. Dezember 2003 das Pleitegerücht des Ferienhofes Papillon war der Kämmerin Dietrich bekannt. Diese Tatsache ergibt sich aus einem amtlichen Briefwechsel.
9. Die nächsten Aktivitäten haben dann Anfang 2005 stattgefunden. Anfang des Jahres 2005 wurden die Steuerschuldner gebeten, eine neue Abtretungsurkunde einer Eigentümergrundschuld zu unterzeichnen und vorzulegen. Warum das? Weil in der Gemeindeverwaltung die im August 2001 von den Schuldnern Engelter und Kornblum unterzeichneten Abtretungsurkunden nicht mehr auffindbar waren.
10. Am 22.03.2005 berichtete die Bürgermeisterin Meier, „... zur Sicherung der offenen Gewerbesteuerbeträge ...“ werde die Gemeinde die Forderungsbesicherung nunmehr durch die Eintragung einer Zwangshypothek vornehmen.
11. Und nun kommt Nebel auf:
Der Forderungsausfall für nicht realisierte Papillon-Gewerbesteuer betrug € 530.300 (wie auch im Prüfbericht genannt). Nach unseren Ermittlungen sind bis Januar 2005 Gewerbesteuerzinsen in Höhe von etwa € 170.000 aufgelaufen. Wir haben Informationen vorliegen, dass davon etwa € 95.000 von den Schuldnern bezahlt wurden. Wenn unsere Annahme richtig ist, dann

müssten noch etwa € 75.000 Zinsforderungen ausgewiesen werden. Warum weist der Prüfbericht aber nur einen Betrag in Höhe von € 16.100 aus?

FAZIT:

Wie sagte der CDU-Protagonist Christian Schmiedeberg: „Es ist in der Tat richtig, dass es in den Prüfberichten eine Reihe von Ungereimtheiten gibt, die uns entsetzt haben“.



Richtig ist: wir, die Bürger Boltenhagens, und die Steuerzahler, sind entsetzt! Man hätte nicht die Amtsfreiheit aufgeben müssen, sondern den Einzug von Gewerbesteuer vertrauenswürdigen und zuverlässigen Personen übertragen sollen.

Die Bürger Boltenhagens beklagen, dass eine Gruppe von unqualifizierten Gemeindevertretern durch ihr Handeln und Unterlassen einen Schaden von 546.000 Euro zu Lasten der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen verursacht haben.

Alle Funktionsträger, Bürgermeisterin, Kämmerin, Gemeindevertreter und Ausschussvorsitzende sowie Ausschussmitglieder, die sich um die Finanzen der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen zu kümmern hatten, haben versagt:

1. sie haben gegen Ihre eigene Steuerstundungssatzung verstoßen.
2. sie haben sich nicht an bestehende Gesetze (Abgabenordnung, Gewerbesteuergesetz) gehalten.

Swen Bertram

Das bisschen Haushalt macht sich von allein

Die Fraktion des Bürgerforum Ostseebad Boltenhagen hat am 28.07.2012 Widerspruch und Einwände gegen die vom 1.stellvertr. Bürgermeister Chr. Schmiedeberg unterzeichnete und am 24.Juli 2012 in der Ostseezeitung veröffentlichte Haushaltssatzung der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen für das Haushaltsjahr 2012 eingelegt. Nach Ansicht der Haushaltsexperten des Bürgerforums verstößt die Haushaltssatzung gegen Grundsätze ordnungsmäßiger öffentlicher Buchführung (GoöB) und zeigt kein zutreffendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage. Weiterhin wurde der Grundsatz der Richtigkeit bei der Aufstellung der Haushaltssatzung der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen für das Haushaltsjahr 2012 nicht ausreichend beachtet. Die Antworten des Landkreises vom 21.08.2012 konnten die Zweifel nicht ausräumen; deshalb wurde am 30.08.2012 der Landkreis zu den Sachverhalten um die Beantwortung weiterer Fragen gebeten. Zur Sicherstellung, dass die veröffentlichte Haushaltssatzung den Grundsätzen ordnungsgemäßer

öffentlicher Buchführung entspricht, wurde am 03.09.2012 bei der Oberen Rechtsaufsichtsbehörde des Innenministeriums in Schwerin Beschwerde eingelegt und darum gebeten, die Sachverhalte, die zu den Widersprüchen und Einwendungen Anlass gegeben haben, zu klären. Eine Antwort des Innenministeriums steht noch aus.

In der Antwort der Landrätin vom 01.10.2012 wurde nicht eine der Fragen beantwortet, dafür wurde aber die folgende Erklärung abgegeben: „... Es ist ... für die **Amtsverwaltung Klützer Winkel ... nicht immer möglich, alle ... Fragen allumfassend und erschöpfend zu klären und zu beantworten...**“ Der Ratschlag der Landrätin: „... sinnvoll, wenn sich der Rechnungsprüfungsausschuss der Gemeinde ... der Klärung der weiteren Fragen der **BfB-Fraktion annimmt...**“ Also ganz einfach, oder? Die Rechtsaufsichtsbehörde holt sich die Fachauskünfte vom Amt Klütz. Das Amt kann kann/möchte die Fragen nicht beantworten. Also ist der Rechnungsprüfungsausschuss zuständig! Und nun? Für den Landkreis: **„ERLEDIGT“**.

Swen Bertram

Der (schöne) Kurgarten vom Ostseebad Boltenhagen

Nach der Grenzöffnung konnten Alle den Ort Boltenhagen besichtigen.

Ich erlebte diesen Ort in einem sehr rustikalen Zustand mit einem großen breiten schönen Sandstrand. Bereits 1855 hatte der Heimatdichter Fritz Reuter diesen Ort für sich und seiner Frau entdeckt und war hier anschließend mehrfach im Urlaub.

Nach dem Krieg hatten der Sozialismus und das politische System seine Spuren hinterlassen. Es gab viel zu tun, denn der Ort sollte sich dem Tourismus öffnen. Von einem Fischer- und Badeort zu einem Tourismuszentrum mit großem Bekanntheitsgrad und vielen Sommerfrischlern.

Und so ist es gekommen. Mit viel Einsatz und Fördergeldern hatte man den Ortskern aufgehübscht. Bereits 1992 wurde eine neue Seebrücke gebaut, 2002 wurde die Konzertmuschel erbaut und 2003 entstanden der Kurgarten und die Wandelgänge. Es wurde eine vier Kilometer lange Fußgängerpromenade für die Gäste erbaut.

Alles sehr gepflegt und schön anzusehen.

Doch wo viel Licht, gibt es auch Schatten.

Die damaligen Planer sowie die seinerzeitigen Entschei-

dungsträger, Bürgermeister und Gemeindevertreter hatten etwas Wesentliches vergessen. Für die vielen Musik-, Strand- und Seebrückenfeste gibt es kein Fahrwege- und Parkkonzept. Die Zulieferer und Musiker befahren alles, was sich in den Weg stellt. Es wird auf der Promenade und im Grün geparkt. Es wird kaputtgefahren, was mühsam und teuer aufgebaut wurde. Mal abgesehen vom schlimmen Erscheinungsbild während der Veranstaltungen, so leidet auch der Zustand der Grünanlagen bis hin zu den Schlaglöchern in der Strandpromenade. Diese ist für den Schwerlastverkehr nicht ausgelegt. Erst vor kurzem wurde für viel Geld ein Reparaturversuch unternommen. - Aber ohne das Grundproblem zu lösen- Somit ist auch weiterhin ein erhöhter Sanierungsbedarf gegeben. Es gibt im Ort sehr viel Schatten aus vergangenen Jahren zu beheben. Ob es sich um den vernachlässigten Strand handelt oder die seit Jahren immer wieder mit neuen Argumenten verschobene Sanierung des Mariannenweges oder

.....oder.....

Die Mehrheit in der Gemeindevertretung träumt da lieber von neuen Ortseingangskreiseln, ohne dass ein beauftragtes Verkehrskonzept fertig wäre oder man die daraus sich ergebenden Prioritäten kennt, von einer Finanzierung mal abgesehen. Die entsprechenden Gemeindevertreter kümmern sich lieber um neue Leuchtturmprojekte mit denen man in der Sonne glänzen könnte, als sich um die dringenden Dinge im Ort zu kümmern und die Schattenspender zu beseitigen.

H. Okken



Das Bürgerforum Ostseebad Boltenhagen (BfB) bringt sich ein

Das Bürgerforum wurde gegründet weil viele Bürger im Ort mit der Politik in der Gemeindevertretung nicht einverstanden waren und sich nicht vertreten fühlten. BfB nahm 2009 erstmals an einer Gemeindevertreterwahl teil. Diese Wahl war derart erfolgreich, dass direkt drei Mandate für die Gemeindevertretung erreicht wurden. Der Schock bei den übrigen Gemeindevertretern musste wohl so groß sein, dass sogleich die Gruppierungen eine Zählgemeinschaft gründeten und das Bürgerforum damit zu isolieren versuchten. Bei den jeweiligen Gemeindevertretersitzungen konnte man sich in dieser Annahme bestätigt fühlen, weil es direkt nicht mehr um Sachthemen ging, sondern wer den Antrag gestellt hatte. Somit wurde alles automatisch blockiert, was vom Bürgerforum eingebracht wurde.

Sehr gut zu beobachten war bei Gemeindevertretersitzungen der Umstand eines automatisierten gleichgeschalteten Abstimmungsverhaltens. Alle per Zählgemeinschaft verbundenen Gemeindevertreter sehen zum Fraktionsvorsitzenden der stärksten Fraktion und stimmen reflexartig genauso ab.

Da kommt doch unwillkürlich die Frage auf, warum benötigt man denn so viele politische Gruppierungen, wenn keiner mehr selber ein Profil und Meinung hat. Alle verhalten sich wie Snobs, sie lassen denken.

Das Bürgerforum lässt sich von so einem derartigen Verhalten nicht einnebeln. Wir vertreten auch weiterhin unsere Meinung und hinterfragen alle Vorhaben nach dem Nutzen für den Ort und seinen Bürgern. Ebenso werden wir Rechtsverstöße, Günstlings- sowie Investorenhofierung oder Geldverschwendung öffentlich machen. So muss immer die Frage erlaubt sein: „Was haben der Ort und die Bürger davon“.

Nachdem die CDU und Gefolgschaft es erreicht hatten das Boltenhagen die Amtsfreiheit verloren hatte, musste neben der Wahl zum ehrenamtlichen Bürgermeister im

letzten Jahr auch ein 1. und 2. Stellvertreter gewählt werden. Nach bisheriger Gepflogenheit machte immer die stärkste Fraktion (in diesem Fall die CDU) den ersten Vorschlag. Doch es wollte keiner. Über die Gründe soll hier nicht spekuliert werden, denn die sind offenkundig. Man wollte eine Kandidatur aus dem Bürgerforum abwarten, um dann dagegen zu stimmen. Doch das sehr durchsichtige Manöver wurde durchschaut.

Wie verärgert muss man sein, dass das nicht funktioniert hat um auf der Boltenhagener CDU Internetseite gegen den politischen Gegner zu hetzen:

Zitat:

Wie lange wird ein erster stellvertretender Bürgermeister gesucht (seit dem 27.11.2011!!!) und keiner erklärt sich bereit, dieses verantwortungsvolle Amt zu übernehmen?!

Das Bürgerforum fühlt sich sehr wohl in der Lage, Anträge zu stellen, aber mit der Übernahme von Verantwortung ist es schlecht – lieber die Anderen machen lassen, dann kann man besser Meckern, Kritisieren und Verurteilen. Na ja, diese Einstellung kennen wir ja seit der letzten Wahl.

Zitatende.



Auf besonderen Wunsch der CDU hat sich das Bürgerforum eingebracht und Anfang des Jahres einen Stellvertreter zur Wahl benannt. Es kam wie es kommen musste und von uns lange vorhergesehen. Die Abstimmung verlief 8:3 zu Gunsten des CDU Kandidaten.

Ja, so sind sie eben!

H.Okken



Boltenhagener Kommunalpolitik - Spiegelbild unserer Demokratie ?

Eigentlich müssten wir davon ausgehen, dass nach mehr als 20 Jahren, die politische Vergangenheit bewältigt sein sollte! Doch weit gefehlt, denn sie lebt und wird am Leben gehalten durch einen großen Anteil der politischen Vertreter in unserem Land, so auch in Mecklenburg-Vorpommern!

Die Demokratie wird in der Politik zwar präsentiert, aber genauso immer wieder missbraucht

„Als Demokratie wird eine politische Ordnung bezeichnet, in der sich die Herrscher auf den Willen des Volkes berufen (Demokratie von griechisch Demos: Volk und Krates: herrschen).

Dementsprechend soll der Volkswille, der in der kollektiven Abstimmung zum Ausdruck kommt, durch die Mehrheit bestimmen, was zu geschehen hat bzw. was zukünftig geschehen soll.

Genau dieser demokratische Grundsatz wird durch den größeren Anteil der Gemeindevertreter in der Kommunalpolitik der Gemeinde Boltenhagen ständig missachtet und missbraucht!

Einige Gemeindevertreter missbrauchen ihr übernommenes Ehrenamt und missachten damit auch die Kommunalverfassung des Bundeslandes MV in der unter § 19 Rechte und Pflichten der Bürger - Satz 2 heißt es:

„Die Bürger sind verpflichtet Ehrenämter und ehrenamtliche Tätigkeiten für die Gemeinde zu übernehmen und unparteiisch auszuüben.“

Bereits hier beginnt der Bruch mit der Demokratie, und es geht weiter, denn

wo christlich dransteht,

ist nicht mehr christlich drin bzw. wird nicht praktiziert. z.B. Umgang mit den Menschen, Nächstenliebe, Umgang mit der politischen Moral, Populismus als Scheinlösung, Beeinflussung von Medien und deren Missbrauch, Machtpositionen gewinnen zu Lasten anderer, Erlangung von Privilegien, fehlende Unterstützung bei Aufklärung von Steuermittelverschwendung aus der Vergangenheit.

wo sozial dransteht,

wird nicht mehr soziale Politik betrieben z.B. Ältere und Behinderte haben keine Lobby in der Sozialpolitik der Gemeinde, sie taugen nur noch als Wahlvolk u.a. zur Beschaffung von Mehrheiten, die Versorgung der Bürger wird partei-politischen Zielen geopfert, Kritik gegenüber Fraktionsangehörigen wird ausge-

schlossen, fehlende Unterstützung bei der Transparenz von Beschlüssen zur Verwendung von Steuergeldern.

was sich frei nennt,

ist schon lange nicht mehr frei. Z.B. als Minderheit muss man sich der gebildeten Mehrheit unterwerfen, zumal man auch persönliche Befangenheiten gelöst haben möchte, der Volkswille wird missbraucht, als persönliches Machtinstrument, Flucht in die Koalition.

Und links war schon immer links,

d.h. „dass die Vertreter dieser Spezies leider nicht mehr verstehen zu unterscheiden zwischen Diktatur und Demokratie und daher ihrem Wählerauftrag, als Volksvertreter zu agieren „nicht mehr gerecht werden können.

Alle diese Merkmale treffen bedauerlicherweise auf den größten Teil der Gemeindevertreter der Gemeinde Boltenhagen zu und haben sich nach Aufhebung der Amtsfreiheit der Gemeinde noch verschärft.

Wie schreibt Friedrich von Hayek:

„Die heute praktizierte Form der Demokratie ist zunehmend für den Prozess des Stimmenkaufs und für das Schmieren und Belohnen von unlauteren Sonderinteressen, ein Aktionssystem, in dem alle paar Jahre die Macht der Gesetzgebung denen anvertraut wird, die ihren Gefolgsleuten die größten Sonder Vorteile versprechen, ein durch das Erpressungs- und Korruptionssystem der Politik hervorgebrachtes System mit einer einzigen allmächtigen Versammlung, mit dem Wortfetisch Demokratie belegt.“

Unbedingt sollten sich die partei-politisch gebundenen Gemeindevertreter der Gemeinde Boltenhagen den Inhalt dieses Satzes für ihr Auftreten und Handeln sowie die Inanspruchnahme der Bezeichnung - Volksvertreter - mit all seinen Konsequenzen, intensiv überlegen!

Man spricht bei dem Agieren der Mehrheit der Gemeindevertreter der Gemeinde Boltenhagen von der praktizierten **D e m o k r a t u r** - Herrschaft der Volksvertreter, im Gegensatz zur Demokratie!

Jörg Gniwotta



Sinn und Unsinn über noch mehr Parkflächen

In dem OZ-Artikel vom 15. Juni, wird der geneigte Leser über „Park & Ride im Probetrieb“ informiert. 60 Stellplätze soll es auf dem Parkplatz der Sportanlage geben. Abgesehen davon, dass zunächst einmal zu klären wäre, ob dieser Parkplatz für den öffentlichen Verkehr überhaupt nutzbar ist, fällt doch sofort auf, dass die Zufahrtsstraße gerade einmal eine Breite von 3,50m hat. Für den Shuttle im Gegenverkehr wird es da natürlich eng, und Beschädigungen am Bankett oder an den Fahrzeugen sind nicht ganz auszuschließen. Außerdem sind Fußgänger und Radfahrer weitere Störfaktoren auf diesem Weg. Etwa 300 Autos sollen hinter der Tarnewitzer Huck parken, auf einer Fläche, die von Herrn Schultz vor Monaten noch mit der Begründung abgelehnt worden war, dass man es den Gästen nicht zumuten könne dort zu parken. Aber da kam der Vorschlag ja noch vom Bürgermeister. Weiter lesen wir über eine mögliche Ersparnis von 5650 €. Die würde ganz sicher noch höher ausfallen, wenn man ganz und gar auf alle Busse verzichtet. Und das bei Einsatz von drei Bussen, wie Uwe Dunkelmann zitiert wird, eine Taktzeit von 10 Minuten in der Stunde möglich sein soll bleibt sein alleiniges Geheimnis. Aber vielleicht geben die Busse ordentlich Gas, dann könnte es vielleicht klappen. Der Geschwindigkeitsrekord von Tempo 150 kann immer noch geknackt werden. Vielleicht hat man sich hier wieder nur vertan, und die Taktzeit beträgt womöglich 20 Minuten, solange nämlich müssten die Urlauber mit Kind, Kegel und Gepäck auf dem Parkplatz ausharren, bis der nächste Kleinbus käme. Auch die Arbeit mit Zahlen scheint insgesamt nicht so beliebt zu sein, denn zur Finanzierung wird gleich eine auffällige schöngefärbte Rechnung präsentiert. Wenn man 360 Parkplätze zu je 4 € für Tagesgäste vor der Ostseeallee schafft, dann fehlen doch logischerweise die Einnahmen für diese 360 Parkplätze bei den Parkplätzen die über die Ostseeallee angefahren werden und nun 6 € kosten sollen. Dieser lächerliche Preissprung um 2 € soll für die 825 Stellplätze der Gemeinde zu beeindruckenden Mehreinnahmen führen. Das geht aber nur, liebe Verantwortliche, wenn die 825 Stellplätze auch weiterhin voll belegt sind, wovon natürlich nicht ausgegangen werden kann. Das aber wiederum könnte jedoch bedeuten, dass am Ende weit weniger Einnahmen realisiert werden, da die Kosten für den Shuttleverkehr ja fix sind. Bis zu 60.000 € soll das Abenteuer kosten. Und braucht es dafür nicht auch eine Lizenz, da der Shuttle ja Linie fährt? Auch hier bleiben immer wieder nur Fragen. Warum? Warum? Warum?

Niemand will hier etwas zerreden, wie z.B. Uwe Dunkelmann von der CDU unlängst im Bauausschuß den Kritikern unterstellen wollte. Das Gegenteil ist der Fall! Die Bürger wollen an der Lösung von Problemen, die ihren eigenen Wirkungskreis betreffen, endlich auch einmal mitarbeiten. **Sie wollen gefragt werden, vorher!** Sie wollen nicht immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Wohin das geführt hat, kann man an der gegenwärtigen Stimmung im Ort gut erfühlen. Es wäre sicherlich hilfreich, wenn sich einzelne Abgeordnete endlich mal wieder unter Volk mischen würden, anstatt im stillen Kämmerlein immer wieder Fakten zu schaffen,

die sie mit ihrer Mehrheit in den Gremien wertungsfrei durchwinken.

Bunte Bebauungspläne hat Boltenhagen bereits zuhauf. Dass nichts wirklich zueinander passt, belegen die vielen, von der Gemeindevertretung aufgestellten und mehrere vom OVG Greifswald aufgehobenen B-Pläne sowie die große Unruhe unter der Bevölkerung in den verschiedenen Wohngebieten.

Statt jetzt wieder nur Schnellschüsse zu produzieren, mit dem Ergebnis, nur schnell wieder etwas zubetoniert zu haben, sollte endlich eine öffentliche Diskussion angeschoben werden, über den Weg den Boltenhagen in die Zukunft nehmen will. Eine Diskussion, die alle Boltenhagener einbezieht, zu der Fachleute geladen werden um uns vorurteilsfrei beraten zu können. Ein Gestaltungsbeirat, der die Arbeit der gemeindlichen Gremien mit qualifizierter Beratung unterstützen kann, wäre dabei eine wichtige Hilfe. Ein **integriertes Ortsentwicklungskonzept** für Boltenhagen wäre zu entwickeln, zu diskutieren und dann auch haushaltspolitisch mittelfristig umzusetzen. Dazu sind die Randbedingungen zu analysieren, wie z.B. Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur, die Unternehmensstruktur und der Arbeitsmarkt. Der Verkehr ist zu analysieren, das Wohnumfeld, das soziale Umfeld, wie z.B. Bildung und Sportmöglichkeiten, und hier, ohne etwas zu beschönigen! Außerdem sind Standortfaktoren, wie z.B. Tourismus, Freizeit, Gesundheit, Grün- und Freiraumstruktur zu bewerten. Eine Stärken-Schwächen-Analyse ist vorzunehmen. Ein Leitbild unter Einbeziehung aller Akteure und unter Berücksichtigung der vielschichtigen Interessen und Ziele ist zu formulieren. Handlungs- und Maßnahme Konzepte mit Schwerpunktsetzung und Empfehlungen zu deren zeitlicher und finanzieller Umsetzung sind zu entwickeln.

„Stop and Go“ im Seeheilbad. Fahrzeuge von Tagesgästen sind hier noch nicht zu sehen.

Bild: R. Sommer



Im Fall des mit mehr als 50.000 € beauftragten Verkehrskonzeptes sind Varianten auszuarbeiten und unter **Mitwirkung** der Bevölkerung öffentlich über einen entsprechenden Zeitraum zur Diskussion zu stellen. Die dabei gewonnen Ergebnisse sind wiederum unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu diskutieren und in die weitere Planung einzuarbeiten. Es müssen Prioritäten aufgestellt werden. Niemand kann Alles und sofort und bezahlen. Die Bevölkerung jahrelang bei wichtigen Entscheidungen die alle berührten (u.a. Weiße Wieck, Von-Nell-Hotel, Ausbau der Ostseeallee) außen vor gelassen zu haben, war einer der vielen großen Fehler. Die Boltenhagener müssen endlich in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden, damit es am Ende nicht wieder nur heißt: Der Berg kreiste und gebär eine Maus.

Thomas Nohr

Es kreiselt mal wieder in Boltenhagen

Auf der Internetseite der Boltenhagener CDU findet sich seit Kurzem der Antrag der Fraktion „auf Eröffnung eines B-Plan-Verfahrens für Ortseingangsbereich Wichmannsdorf“. Mit dieser Idee „soll der erste Schritt zur Verkehrsberuhigung im Ort getan werden“, so können wir es dort nachlesen.

Boltenhagen hat nicht erst seit der Wende ein Problem mit zu viel innerörtlichem Verkehr. Das ist seit Jahrzehnten bekannt. Dass es den Bürgern seit langem mit dem Verkehrslärm reicht, hat auch die Unterschriftenaktion einer Bürgerinitiative im Frühjahr 2010 bewiesen. Damals konnten innerhalb kürzester Zeit mehr als 650 Unterschriften gegen Verkehr und Lärm gesammelt werden. Umso erfreulicher ist es, dass man nun mehr als 20 Jahre nach der Wende und mehr als zwei Jahre nach besagter Unterschriftenaktion, sich vermeintlich der Lösung des Problems annehmen möchte, von höchster Stelle sozusagen.



Warum Kleckern, wenn man doch Klotzen könnte, fragen sich die Betroffenen dieser Art von Verkehrsplanung, und was haben sich die Initiatoren des Antrages also nun wieder für uns ausgedacht? „Kreisverkehre bei Wichmannsdorf und an der Einmündung A.-Bebel-Str.“ und „ein Parkplatz für Tagesgäste mit Shuttlestation“, so entnehmen wir dem Antrag, sollen es jetzt richten. In den 20 Jahren seit der Wende hat Boltenhagen eine Menge über sich ergehen lassen müssen. Große Bauprojekte wurden in das vormals romantisch verträumte Seebad gestemmt. Viel Grün ist seither verschwunden, viele historische Villen entlang der Strandpromenade sind mit den Jahren beseitigt worden, z.T. ersetzt durch banale Allerweltsarchitektur. Es wurde gebaut, um des Bauens willen. Ob es passte oder nicht, und viel zu oft traf letzteres zu. Mittlerweile gibt es im Seebad mehr als 12.500 Betten. Gleichzeitig wuchs mit der Bettenzahl auch das heute an sonnigen Tagen ins unerträgliche gestiegene Verkehrsaufkommen an. So etwas gehört einfach nicht in einen Kurort! Seit den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat Boltenhagen immer noch dieselbe Verkehrsinfrastruktur. Nichts, was die Ostseeallee vom Verkehr entlasten würde, ist seither hinzugekommen. Der von der alten Gemeindevertretung mit viel Geld forcierte Ausbau der Ostseeallee zur

Durchgangsstraße mit 6,10m! Breite entschärfte das schon vor Jahren akute Verkehrsproblem nicht wie ausgedacht und gehofft. Es war aber auch abzusehen, dass es so nicht besser werden konnte, können doch jetzt die vielen Autos über die breit ausgebaute Ostseeallee viel schneller an ihren Zielort gelangen. Damit stieg gleichzeitig das Verkehrsaufkommen, was wiederum einen Anstieg des Lärmpegels zur Folge hatte. Auch die zunehmenden Schwierigkeiten, die Durchfahrtsstraße überall als Fußgänger gefahrlos überqueren zu können, und der teilweise nur noch mit Krawall zu bezeichnende, sich ausweitende Verkehrslärm verstärkten den Unmut über die unmöglichen Zustände unter den Boltenhagenern und ihren Gästen. Die Ostseezeitung berichtete hierzu regelmäßig.

Nun also sind es wieder neue, großräumige Überlegungen, wie man das selbst produzierte Verkehrschaos im Ort eindämmen möchte. Und wiederum sind es nur oberflächliche Überlegungen, die hier die Lösung bringen sollen. Man möchte den Verkehr vor dem Ort abfangen, so heißt es. Das kann aber nur für die Tagesgäste zutreffen. Den Anwohnern und ihren Gästen sowie den Kur- Hotel und Pensionsgästen kann doch niemand die Zu- und Durchfahrt auf der mit öffentlichen Geldern finanzierten, neu ausgebauten Ostseeallee verwehren. Das gleiche gilt auch für den Lieferverkehr, sowie die Fahrzeuge der vielen Dienstleister und Gewerbetreibenden, und erst recht wird man damit keinen einzigen der viel gescholtenen Motorradfahrer von der Durchfahrt abhalten können.

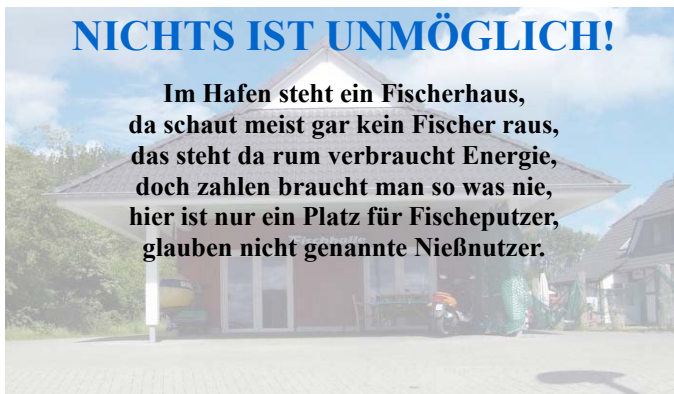
Wichtige Frage: Wer sortiert die Verkehrsströme?

Kann man den Verkehr auf der Ostseeallee wie die CDU-Boltenhagen es wünscht, überhaupt beruhigen? **Aber geht es überhaupt darum? Oder geht es vielleicht nur darum aus wertvollem Ackerland noch wertvolleres Bauland zu machen, denn bei den betroffenen Flächen soll es sich doch ausschließlich um Privatland handeln.** Und genügen Großparkplätze am Ortseingang überhaupt, um die durch den Durchgangsverkehr induzierten Probleme überhaupt in den Griff zu bekommen?

Auch die Presseartikel in der OZ vom 8. sowie vom 15. Juni lassen daran ernsthaft zweifeln. Am 8. Juni wird über „Kreisverkehr und Welcome-Center“ berichtet. Auch Planer Mahnel sollte wissen, dass zur Verkehrsberuhigung Verschwenkungen mit Mittelinsel ausreichend sind und ein angedachter Kreisverkehr eigentlich vor Wichmannsdorf gehört, um sich die Option für einen Anschluss nach Redewisch offen zu halten. Oder möchte man den Verkehr nach Redewisch vielleicht etwa direkt durch Wichmannsdorf führen? Oder soll der Verkehr dahin etwa weiter wie bisher durch Boltenhagen laufen? Der präsentierte Entwurf wirft abermals mehr Fragen auf, als dass er Antworten bieten würde.

Fazit: Ein Gutachten ist nur soweit gut, wie die Aufgabenbeschreibung und Erwartungshaltung der Auftraggeber.

Thomas Nohr



Die Fischhalle im Fischereihafen wurde mit Fördergeldern erstellt. Die Herstellungskosten betrugen 220.000 Euro, wovon etwa 140.000 Euro mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden. Der restliche Betrag wurde vom Investor finanziert. Im Frühjahr 2008 hat der Investor die Fischhalle an die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen übergeben, **kostenlos!**

Die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen hat diese Fischhalle im Frühjahr 2008 den in Tarnewitz ansässigen Fischern zur Verfügung gestellt. Diese Fischer dürfen hier ihren Fisch anlanden, wenn der Fang nicht mehr als 300 Kilogramm aufweist. Der Fang soll dort untergestellt werden und von einer Genossenschaft in Wismar abgeholt werden. Die Fischhalle sollte lediglich als gekühltes Zwischenlager genutzt werden.

Ob die Halle tatsächlich nach diesen Vorgaben genutzt wird, das ist Stoff für eine weitere Reportage.

Um die Fischhalle für sich nutzen zu können, mussten die in Tarnewitz ansässigen Fischer einen Verein gründen, dabei handelt es sich um den Fischereiverein Ostseebad Boltenhagen e.V.

Mit dem damals noch nicht im Vereinsregister eingetragenen Verein hat die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen über die Überlassung verhandelt. Es kam bis Ende 31.12.2011 nicht zu dem Abschluss eines schriftlichen Mietvertrages.

Und nun zum eigentlichen Kern dieses Berichtes: Miete und Nebenkosten ab April 2008 bis 31.12.2011 wurde von den Mietern nicht bezahlt. Insbesondere deshalb, weil es keinen schriftlichen Mietvertrag gibt, verweigert der Fischereiverein die Zahlung von Mieten und Nebenkosten. Die bundesdeutsche Rechtsprechung sieht jedoch vor, dass ein Mietvertrag auch mündlich abgeschlossen werden kann und genau so wirksam wie ein schriftlicher ist.

In einem Bericht der Ostsee-Zeitung erklärt die Verwaltungsbeamtin Pardun vom Amt Klützer Winkel zur Nutzung der Fischhalle durch Mitglieder des Fischereivereins: „...Welche Fischer das waren. lässt sich ...nicht mehr lückenlos nachvollziehen...“. In dem gleichen Bericht erklärt der Vereinsvorsitzende Peter Dietze: „...Der Verein hatte damals aber nur 9 Mitglieder...“

Nun ist es in der Tat schwierig die Hallennutzung bei der großen Zahl von 9 Mitgliedern zu überprüfen. Wahrscheinlich ist die Halle gar nicht genutzt worden und der jährliche Verbrauch von Stromkosten in Höhe von Euro 2.500 ist für die Mitglieder des Fischereivereins genauso unerklärlich wie die Jungfrau zum Kind gekommen ist.

Folgerichtig erklärt dann auch die Verwaltungsbeamtin des Bauamtes Amt Klützer Winkel in einer Beschluss-

vorlage für die Gemeindevertreter des Ostseebades Boltenhagen zu der Forderung des Bürgermeisters einen ab 01.01.2012 wirksamen Mietvertrag mit dem Fischereiverein erst dann zuzulassen, wenn die Mietkosten und Stromkosten ab 01.04.2008 ausgeglichen werden:

Zitat: „...das Wohl der Gemeinde wird nicht gefährdet und deshalb empfiehlt die Verwaltung die Ablehnung ...“

“Zitatende.“

Die Gemeindevertreter haben dann auch mit Mehrheit wie folgt beschlossen:

Zitat:

„ ... Die Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen weist den Widerspruch des Bürgermeisters Olaf Claus zum Abschluss eines Mietvertrages mit dem Fischereiverein Boltenhagen e.V. zurück...“

Zitatende.

So weit so gut, dieser Beschluss dient also dem Wohl der Gemeinde. Wirklich? Rechnen wir einmal:

Mietausfall von April 2008 bis Dezember 2011: 44 Monate = Euro 11.000 (geschätzt) sowie für Stromkosten für den gleichen Zeitraum: 3,5 Jahre = Euro 9.000 (geschätzt). Addiert man beide Beträge kommt man zu dem Ergebnis, dass mit dem Beschluss der Gemeindevertreter der Fischereiverein mit einem Betrag von Euro 20.000 (geschätzt) subventioniert wurde.

Das ist also der Beitrag, den die Bürger Boltenhagens zum Wohle des Fischereivereins ungefragt „freiwillig“ zu tragen bereit sind. Ob es für jeden Einwohner Boltenhagens einen Fisch-Einkaufs-Gutschein für 10 Euro gibt?

Nun wollen wir auch nicht vergessen zu fragen, warum alle Beteiligten nicht schon früher für den Abschluss eines Mietvertrages gesorgt haben. Warum haben nicht die Fischer, die die Fischhalle nutzen und in der Gemeindevertretung Funktionen ausüben, nicht vorrangig an die Einnahme der Gemeindekasse gedacht, sondern dafür gesorgt dass die Kasse des Fischereivereins geschont wird?

Warum hat nicht der Vorsitzende des Finanzausschusses, der eine Nebenerwerbs-Fischer-Gbr. betreibt oder sein Bruder, der ehemalige Vorsitzende der Gemeindevertretung, oder der Fischer, der direkt neben der Fischhalle eine geplante Unterstellmöglichkeit für Berufsfischer zu einer Gaststätte umgebaut hat, darauf gedrängt, dass ein Mietvertrag zwischen Fischereiverein und Gemeinde geschlossen wird?

Und warum haben die Vorsitzende des Rechnungsausschusses und die ehemalige Kämmerin nicht Alarm geschlagen und moniert, dass Energiekosten in Höhe von etwa 2.500 Euro jährlich für den Fischereiverein nicht von der Gemeinde zu zahlen sind?

In Boltenhagen scheint nichts unmöglich, wenn man nur Gemeindevertreter ist und ein Wasserfahrzeug besitzt.

Wir können die Bürger Boltenhagens nur auffordern: Gründet einen Verein, zum Beispiel auch einen Seglerverein, und lasst Euch für die nächste Wahl zur Gemeindevertretung als Kandidat/in aufstellen, dann lässt sich alles finanzieren! Oder wie ein Brillenhersteller wirbt: „... (wir haben) keinen Pfennig dazu bezahlt...“

In diesem Sinne: „Lassen Sie alle Ihre Wünsche wahr werden“.

Swen Bertram

TIROL IN BOLTENHAGEN

Wieder geht eine Sommersaison in unserem schönen Ostseebad dem Ende entgegen. Bis Anfang August hatte das Wetter die Tourismusbranche arg gebeutelt. Besonders an trüben Tagen kommt die Überlegung auf, was wohl das kleinere Übel darstellte, das Wetter oder manche Handlung der Boltenhagener Kurverwaltung?

Die jahrelangen negativen Veröffentlichungen haben dem Ansehen der Gemeinde einen üblen Imagestempel aufgedrückt. Sind wir in Boltenhagen oder in „Schildburghausen“? Egal, was wir über Boltenhagen hören, es hat einen bitteren Beigeschmack. Das wurde auch von den „Tiroler Blasmusikern“ nicht übertönt. Ihr Angebot an Bratwurst, Bulette und Pommes frites verwandelte niemanden in einen bayrischen Feinschmecker. Zur Freude der Betreiber hat ihr wochenlanges Angebot jedoch auch so seine Bewunderer gefunden. Nur bei den einheimischen Gewerbetreibenden wollte einfach keine Freude aufkommen. Geld verdirbt ja bekanntlich den Charakter, vielleicht werden daher ja dem einheimischen Gewerbetreibenden so hohe Kosten aufgebürdet? Sie zahlen Gewerbesteuer, Fremdenverkehrsabgabe und hohe Pachten. Dazu kommen steigende Betriebskosten und selbstverständlich Lohnkosten für die Beschäftigten aus der Region.

Das „Tiroler Catering“ brachte seine Angestellten mit, Steuern und Abgaben werden im Heimatort entrichtet und an die Boltenhagener Kurverwaltung zahlen sie bei weitem nicht die sonstigen gewerblichen Kosten. Die Leiterin der Kurverwaltung kann anscheinend machen was sie will. Wettbewerbsverzerrung gegenüber den ortsansässigen Betrieben geht allerdings nicht! Ähnliche Tendenzen treten auch bei anderen Veranstaltungen und Aktivitäten zu Tage. Die vielgepriesene Unterstützung der Gewerbe- und Tourismusbetriebe sieht wahrlich anders aus. Die Zusammenarbeit und Einbeziehung von ehrenamtlichen Kräften und der einheimischen Wirtschaft stellte jahrzehntelang für den ausgeschiedenen

Kurdirektor den Schlüssel zum Erfolg dar. Die jetzige Kurchefin hat diesen Schlüssel einfach über Bord geworfen! Kein Wunder, wenn das „Flaggschiff Boltenhagen“ erneut ins Schlingern gerät. Die Mannschaft wünscht sich nichts sehnlicher, als endlich wieder festen Boden unter den Füßen zu spüren.

Das rettenden Ufer erreicht man nicht mit dem kostenintensiven „Park & Ride“ System, ob mit oder ohne Elektrobussen. Als positiver Nebeneffekt soll die Erhöhung der Parkgebühren durchgesetzt werden. In Zeiten in denen ein Rückgang der Besucherzahlen zu verzeichnen ist, das völlig falsche Signal! Wenn die Kurverwaltung zu viel Geld hat, sollen sie den Ferienwohnungsvermietern lieber für das Kassieren der Kurtaxe eine Provision zahlen oder zur Strandverbesserung investieren. In anderen Badeorten ist das längst selbstverständlich.

Noch viel besser wäre es, endlich mehr für Familien mit Kindern zu machen. Egal, ob es ein Indoorspielplatz, eine Bowlingbahn oder andere Highlights sind. Wenn die einheimischen Vereine Veranstaltungen durchführten, gab es stets Kinderangebote! Das sollte auch für auswärtige Veranstalter wie dem „Tiroler Markt“ gelten!

Warum aber veranstalten nicht die ortsansässigen Betriebe solche Veranstaltungen? Schon vor Jahren gab es gute Ansätze. Herr Holger Sudmann und Herr Marinus Bolten investierten in Zelte und gastronomische Einrichtung und führten niveauvolle Veranstaltungen vor der Seebrücke durch. Mit einem Gemeindevertreterbeschluss wurde das unterbunden! Ja, wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe.

Wir hoffen, dass das „Flaggschiff Boltenhagen“ endlich wieder in ruhige Gewässer schippert. Dafür bedarf es der Zusammenarbeit aller, die für den Tourismus stehen. Dennoch sollte auch die Bereitschaft und Mitwirkung vorhanden sein, sich abweichenden Kursveränderungen, die dem Ort schaden, in den Weg zu stellen!

Wolfgang Seidel

Freistaat seit 1903: Amt Klützer Winkel (Satire!)

Aus gut informierten Kreisen des Amtes Klützer Winkel wurde uns vertraulich mitgeteilt, dass in einem Vertrag aus dem Jahre 1903 vom Großherzogtum Mecklenburg dem Amt Klützer Winkel ein Autonomierecht zugebilligt wurde. Nach diesem Dokument hat das Amt Klützer Winkel einen Freistaatstatus, das eine politische und staatsrechtliche Autonomie belegt. Somit können Urteile des Bundesverwaltungsgerichts erst nach zwischenstaatlichen Abkommen mit dem Land Mecklenburg-

Vorpommern und der Bundesregierung Deutschland erfolgen. Diese Abkommen müssen aber erst noch geschlossen werden. Das Dokument wurde bei Aufräumarbeiten im Keller der Verwaltung vor 4 Monaten gefunden. Die bereits eingeschalteten Völkerrechtler planen im Oktober 2012 die Einberufung einer Konferenz zur Klärung, ob die Gemeinde Boltenhagen durch den Amtseintritt zum 01.07.2011 ebenfalls zum Autonomiegebiet des Amtes Klützer Winkel zählt und die Übernahme von Urteilen bundesdeutscher Gerichte nur durch den Amtsausschuss des Amtes Klützer Winkel beschlossen werden kann.

Swen Bertram

Es ist ein Jammer, dass die Dummköpfe so selbstsicher sind und die Klugen so voller Zweifel. (B. Russel)

BOLTENHAGEN: KURZNACHRRICHTEN UND MEINUNGEN

Bürger begehren Neuwahl der Gemeindevertretung im Ostseebad Boltenhagen

Am 03.04.2012 übergaben die Initiatoren Erhard Matzat, Dieter Büchner und Jörg Gniwotta dem Bürgermeister Olaf Claus einen von 341 Bürgern der Gemeinde unterzeichneten Antrag mit der Forderung nach Neuwahlen zur Gemeindevertretung. Die Initiative für das Bürgerbegehren startete im März 2012 und sammelte mehr als die für ein Bürgerbegehren erforderlichen 220 Stimmen, die für das Bürgerbegehren erforderlich waren. Die Resonanz der Gremien war wie folgt:

- Am 23.05.2012: Die Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen stellt fest, dass das Bürgerbegehren der Initiative für Neuwahlen zur Gemeindevertretung Ostseebad Boltenhagen, eingereicht am 03. April 2012, zur Durchführung eines Bürgerentscheides unzulässig ist.

Anpassung der Sitze in den Ausschüssen der Gemeinde

Das Bürgerforum Ostseebad Boltenhagen hat zusammen mit der Wählergemeinschaft Boltenhagen beantragt, dass die Anzahl der Sitze in den Ausschüssen der Gemeinde spiegelbildlich der Stärke der Wahllisten in der Gemeindevertretung wiedergeben müssen. Hier gibt es ein verbindliches Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 2009. Trotz mehrfacher an den Bürgermeister, den 1. stellvertr. Bürgermeister, der 2.stellvertr. Bürgermeisterin, dem Amtsvorsteher des Amtes Klützer Winkel und die untere Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises gerichtete Aufforderungen, die Vorgaben aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in der Gemeinde umzusetzen, bleiben die Verantwortlichen aus Verwaltung und Politik untätig und verweigern die Umsetzung von Bundesrecht. Diese Haltung hat dazu geführt, dass das Bürgerforum am 27.August 2012 eine Beschwerde an die Oberste Rechtsaufsichtsbehörde im Innenministerium des Landes gerichtet hat und den Antrag auf Umsetzung eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes gestellt hat. Eine Antwort aus dem Innenministerium lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

- Am 05.06.2012 mahnten die Initiatoren eine Stellungnahme des Amtes Klützer Winkel an – ohne Resonanz!
- Am 27.08.2012 wurde die Leitende Verwaltungsbeamtin nochmals schriftlich auf die ausstehende Antwort erinnert.
- Am 07.09.2012 erhielten die Initiatoren eine schriftliche Antwort über die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens.

Nun sollte man annehmen, dass die Vertreter der politischen Gruppierungen Boltenhagens und das Amt Klützer Winkel in den Grenzen ihrer Verwaltungskraft ihren Bürgerinnen und Bürgern bei der Einleitung eines Bürgerbegehrens unterstützen. Damit ist gemeint, dass sie Hilfestellung bei der Einhaltung der formellen Voraussetzungen zu Beginn des Verfahrens gibt und dabei auch bestehende Rechts- und Beschlusslagen den Antragstellern erläutert.

Hier hätte die CDU zeigen können: „...Boltenhagen liegt uns schließlich am Herzen!...“

Jörg Gniwotta

Hintergrund der Beschwerde ist, dass dem WGB insgesamt vier und dem BFB ein Ausschusssitz(e) vor-enthalten werden. Sowohl dem Bürgerforum als auch der WGB stehen jeweils 1 Sitz im Hauptausschuss zu. Der CDU stehen lediglich zwei Sitze zu; sie besetzt aber drei Sitze.

Wir haben zu diesem Vorgang die folgenden Aussagen gefunden, die sich widersprechen. Am 28.03.2012 und 02.08.2012 wurden in Sitzungen des Hauptausschusses protokolliert:

Am 28.03.2012 erklärte der 1.stellvertr. Bürgermeister:

„...Herr Christian Schmiedeberg bestätigt, dass eine Neubesetzung der Ausschüsse vorgenommen werden muss, wenn ein Mitglied die Fraktion verlässt. Hier sind durch die Fraktionen Vorschläge einzubringen...“

Am 02.08.2012 erfolgte dann ein Wendemanöver durch den CDU-Vorsitzenden und Finanzausschussvorsitzenden:

„...Herr H.-O. Schmiedeberg beantragt, den Antrag der BfB-Fraktion abzulehnen, da kein objektiver Grund zur Anpassung der Anzahl der Sitze in den Ausschüssen zur Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen vorliegt...“

Swen Bertram

Wünsch Dir was! Eine Maritime Begegnungsstätte für € 1.053.000

Am 05.07.2012 beantragte die CDU die Realisierung der Maritimen Begegnungsstätte in Tarnewitz zu beschleunigen. und zwar mit dem Hinweis: "... die finanzielle Seite ist geklärt ..." Wer soll die geplante Investitionssumme in Höhe von € 1.053.000 bezahlen (Zahlenwerk aus Haushaltsplan 2011)? Wer hat den Nutzen? Raten Sie mal! Die Rettungsschwimmer sicher nicht, die bevorzugen einen zentraleren Ort. Also wer? Eine Begegnungsstätte für alle Bürger ist nicht geplant!

Swen Bertram

Man sagt ja nichts, man meint ja nur

In vielen Familien in Deutschland wird mindestens einmal jährlich über die Frage diskutiert „wohin fahren wir im nächsten Jahr in den Urlaub“. In die Berge oder an die See? Sollte die Wahl auf die See und dann noch von allen vorhandenen angebotenen Möglichkeiten, an die Ostsee und wenn es der glückliche Umstand will, eventuell auf Boltenhagen fallen, so ist es für die Urlaubsregion Ostseebad Boltenhagen schon ein außergewöhnlicher Glücksfall, das viele Urlauber ausgerechnet bei uns die schönste Zeit des Jahres am schmalen und von vielen reglementierenden Verbotsschildern die unbeschwerter Freiheit am steinigen Reststrand genießen, oder an der staubigen Promenade lustwandeln wollen.

So werden die Urlauber, die die See gerne mögen und sich dafür entschieden haben, unversehens mit südlicher Tiroler Alpen Atmosphäre verfolgt. Ja, haben wir uns verlaufen? Oder möchte uns die Boltenhagener Kurverwaltung für das nächste Jahr die Berge schmackhaft machen? Werbung dafür gab es ja reichlich. Welch a Gaudi, do hats allerweil die Musi spuilt. Und Ozapft war mit Brezeln und Wurst.

In der Tagespresse wurde danach auch stolz verkündet, welch ein großer Erfolg das war und das es gut angenommen wurde. Man konnte auch sehen, welche große Freude es einigen Gemeindevertretern und der Betriebsleiterin Kurverwaltung gemacht hatte. Die bemerken noch nicht einmal den „Bärendienst“ den sie dem Ort zufügen, während dabei kräftig Werbung für eine andere Urlaubsregion gemacht wurde.

Es soll ja ein großer Erfolg gewesen sein, verkündete die Tagespresse. Ein Erfolg für wen? Für den Gastronom?

Ja sicher waren auch viele Gäste dort. Aus Gaudi oder der Not gehorchend? Man weiß es nicht. Es gibt ja zur Abendstunde außer Restaurantsitzen oder Fernsehen keine weiteren Angebote. Das musste ein Erfolg werden, es ist ja sonst nichts da.

Man könnte hier auch mal ein Weinfest organisieren. Es gibt jede Menge Weinanbaugebiete, da muss man gar nicht erst hinfahren. Die kommen alle zu uns, Einer nach dem Anderen. Wir hätten dann viele Jahre Abwechslung. Im Gegenzug veranstalten wir maritime Events in den Alpen. Showkochen von Labskaus im Schwarzwald. Tauchkurse am Matterhorn. Saugbaggerfahrt im Rheintal. Seemannsknotenkursus in Wien. Der Gewinner erhält eine Dose Strandsand. Eine echte Wertanlage, denn wir haben bald keinen mehr.

Die Betriebsleiterin der Kurverwaltung hatte groß verkündet, es soll alles professioneller werden. Deshalb wurden die bisherigen Veranstalter und Vereine, die in der Vergangenheit viel im Ort organisiert und geleistet hatten, nicht mehr benötigt. Aber keine Regel ohne Ausnahme. Wenn ein Verein, deren Vorsitzender ein Gemeinderatsmitglied ist, einen Herbstmarkt veranstalten möchte, dann ist die Kurverwaltung selbstredend mit dabei. Man ist niemanden verpflichtet, das ist alles hoch professionell.

Hartmut Okken

WANTED

- der 1. stellv. Bürgermeister spricht ständig darüber, besitzt aber keine vollständige schriftliche Vorlage
- die Kurverwaltung arbeitet ständig mit "blindem Aktionismus", mit "P+R Service" bzw. "Strandverklappung" zu, hat aber ebenfalls kein Schriftstück in der Hand
- die OSTSEE-ZETUNG Regionalblatt Grevesmühlen berichtet immer wieder mal etwas, weiß aber nicht, wer das einzige schriftliche Exemplar in Besitz hat
- Fachleute hätten es auch gern, um weiter daran arbeiten zu können
- im Amt Klützer Winkel wird schon lange nach dem Exemplar, in allen Postablagekörben gesucht, leider ohne Erfolg!
- -Wer hat es gesehen, das vollständige schriftliche Exemplar des Verkehrskonzepts der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen, bzw. in wessen Besitz befindet es sich?
- dem ehrlichem Finder gebührt der Dank der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen und er/sie erhält für 12 Monate einen Bootslegeplatz für € 50,00 jährlich in Tarnowitz aus dem Vorteilspreis-Kontingent, das die Gemeinde bei der nächsten Sitzung wahrscheinlich dem Seglerverein zur Verfügung stellt.

Jörg Gniwotta



Bestellfrist für den Sommer 2013 läuft bald ab! Fällt der Sommer 2013 aus? SATIRE!

Die letzten warmen und sonnigen Tage sind vorbei. Es war ein kurzer Sommer mit nur wenigen Sonnentagen. In der Kurverwaltung wird hektisch der Sommer 2013 vorbereitet.



In einem Hintergrundgespräch haben wir jetzt aus gut unterrichteten Kreisen erfahren, dass sich die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen aus finanziellen Gründen keinen vollständigen Sommer leisten kann.

Im Haushalt 2012 ist keine Stelle für die Ausgaben für einen Sommer vorgesehen. Die Streichung dieser Haushaltsstelle ist selbst dem Finanzausschussvorsitzenden

und dem 1.stellvertr. Bürgermeister nicht aufgefallen.

Beide beklagen sich über die Eigenmächtigkeit der Verwaltung Amt Klützer Winkel, diese Haushaltsstelle einfach aus Kostengründen zu streichen. Andere Gemeindevertreter äußern sich hinter vorgehaltener Hand mit der Vermutung, dass dahinter die Leitung des Amtes Klützer Winkel verbirgt.

Die Gemeindevertretung denkt über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach, um aufklären zu können, wie hoch der Schaden für die Gemeinde nun ist. Man spricht von einem sechsstelligen Betrag. Der 1. stellvertr. Bürgermeister stand für eine Stellungnahme nicht zur Verfügung.

Nun wird eine Sondersitzung der Gemeindevertretung gefordert, damit noch schnell ein Nachtragshaushalt mit den erforderlichen 250.000 € zur Bestellung des Sommers 2013 mit mindestens 70 Sonnentagen beschlossen werden kann. Die Bestellfristen für den Sommer 2013 laufen bald ab.

Einige Bürgermeister von Nachbargemeinden und das Amt Klützer Winkel haben keine finanzielle Unterstützung zugesagt. Sie hoffen, dass die Boltenhagen-Urlauber alle zum Sonnen nach Kalkhorst, Hohenkirchen und Zierow gehen werden, wenn Boltenhagen keinen eigenen Sommer mehr bekommt.

Swen Bertram

Eine erfundene PAPILLON-Geschichte aus dem Ostseebad TOLLHAGEN frei nach Achim Reichel: „Der Spieler“

Schmetterlinge (Lepidoptera), die Frühlingsboten Mitteleuropas, sie stehen für Freiheit, Leichtigkeit und Losgelöstheit. Diese Papillon-Definition hatten einige Tollhagener Gemeindevertreter und verantwortliche Funktionsträger der Verwaltung verinnerlicht. Völlig losgelöst von der Wirklichkeit schwebten Verwaltung und Gemeindevertretung mit Schmetterlingen im Bauch fern von jeder Vernunft durch Tollhagen und verspielten im Papillon Casino „Tollhaus“ die Gewerbesteuer-Einnahme. Die Bürgermeisterin, die Kämmerin, der Vorsteher der Gemeinde und der Vorsitzende des Finanzausschusses saßen in der späten Nacht an Tisch Eins im großen Casino-Saal Papillon. Mit der Leichtigkeit von Schmetterlingen setzten sie die letzten 35 Riesen auf irgendeine Zahl. Sie hörten die zwei Papillon-Besitzer beschwören: „Kommt setzt alles auf die 17, das Spiel ist noch längst nicht vorbei“.

Die letzten 35 Riesen von € 533.000! Alle am Spieltisch Eins starren die Tollhagener Kassenführer an: „Sind die so Irre?“. Sie setzen alles auf die 17!



Nichts geht mehr. Die Kugel rollt. Die Kassenführer flehen: „Noch einmal auf die Siebzehn, dann sind wir wieder frei“. Die Kugel rollt: nicht auf die Siebzehn! Der Kassenführer zu seinen Tollhagenern Mitspielern: Es ist vorbei, wir haben alles verspielt. Nun müssen wir zusammenhalten und alles kaschieren. Am nächsten Morgen wurde in einem geheimen Hinterzimmertreffen beraten, wie das Kassenloch durch Vernebeln, Vertuschen und Verbergen nicht bekannt wird. Das Täuschungsmanöver ging auf! Im Bericht zur Prüfung der Gemeinde Tollhagen durch das Gemeindeprüfungsamt des Kreises Toll-Land ist nicht zu lesen, was auf organisierte Verantwortungslosigkeit durch Funktionsträger der Verwaltung und der Gemeindevertreter schließen könnte.

Frage: Diese Geschichte kann nicht wahr sein, oder?

Natürlich ist diese Geschichte erfunden! Ein Ostseebad Tollhagen im Landkreis Toll-Land mit einem Casino Papillon gibt es nicht. Und Gewerbesteuer wurde nie verspielt.

Swen Bertram

Gewerbetreibende aus Boltenhagen stellen sich vor

Obst direkt vom Anbau

Seit kurzem auch im Ostseebad Boltenhagen.

Äpfel / Birnen unterschiedliche Sorten von September bis Juni sowie jeweils Obst der Saison. Immer frisch und knackig direkt vom Anbau. Obstbrände und Likör. In der



Weihnachtszeit auch Südfrüchte in Top Qualität. Lieferservice für Stammkunden und außerdem finden Sie mich auf den großen Veranstaltungen im Ort. Ab Hausverkauf direkt aus dem Verkaufswagen. Sie finden mich gegenüber „Neuer Weg Nr.4“ oder Sie rufen mich an 01741842185.

Ein guter Tipp !

**23946 Boltenhagen-Tarnewitz, Ostseeeallee 110
(Nähe Ostsee-/ Strand- Klinik)**



Stellshagen & Meer/BIO-Laden-Bistro

mit Sonnenterrasse u. Wintergarten

Inhaberin CORDES KG, Stellshagen

Angebot:

Obst & Gemüse, gluten- und laktosefreie Produkte, Molkereiprodukte, belegte Brötchen, Suppen, Kuchen & Backwaren aus eigener Bio-Backstube

Öffnungszeiten (Saison):

Mo-Do 07.00 - 18.00 Uhr
Fr-Sa 07.00 - 18.30 Uhr
So 07.00 - 18.00/20.00 Uhr

Souvenir-Shop:

Inhaberin - Petra Wenzel

Angebot:

Bücher, Ansichtskarten u.a.m., Zeitungen, Spielzeug, Schreibbedarf, Mützen, Strandbedarf, Sanddornprodukte, Souvenir, Gilde-Handwerk

Öffnungszeiten:

Sommer/Saison:
07.00 - 18.00 Uhr
Winter/Saison:
10.00 - 18.00 Uhr

... die Ideen-Schmiede

MS-Projektmanagement



Fenster - Türen - Treppen

Fenster und Türen aus Holz und Kunststoff

Als Spezialist für Altbausanierungen aber auch bei Neubausanierungen bieten wir Ihnen eine komplette Erneuerung Ihrer Fenster- und Türelemente an.

Toranlagen - Zäune - Hallen

Unser Stahl gehört nicht zum alten Eisen!

Wir sind Ihr Partner für hochwertige Zaun- und Toranlagen sowie Stahl- und Hallenbau. Kompetente Beratung und Planung, fachmännische Ausführung sowie eine hohe Qualität sind die Basis unserer täglichen Arbeit.



038825-26134



038825-26613



ms-projektmanagement@gmx.de

www.ms-projektmanagement-ug.de Friedrich-Engels-Str. 81 23946 Ostseebad Boltenhagen

Bild: Edgar Petrich



Boltenhagen tut gut!

Ein Paradies liegt zwischen Lübeck und Wismar - weißer Sandstrand, kristallklares Wasser, ursprüngliche Natur. So oder ähnlich muss es schon früher gewesen sein, denn vor gut 700 Jahren kamen Siedler aus Niedersachsen und Westfalen in unsere Region. Sie bauten ihre Häuser im Baustil des niedersächsischen Bauernhauses, das auch als das Niederdeutsche Hallenhaus bezeichnet wird. In Alt-Boltenhagen findet man noch einige dieser Häuser. Die Lage des Ortes ist ruhig und idyllisch.

Wer hierher kommt, schickt die Seele in Urlaub. Das mag Anno dazumal auch Graf von Bothmer gespürt haben, als er 1803 bei Redewisch einen Badekarren aufstellen ließ. Bald darauf waren dann auch in Boltenhagen Badekarren, die Pferde bis zur Achse ins Wasser zogen, der Strand-Hit. Auch wenn Heiligendamm schneller war (da wurde schon 1793 großherzoglich gebadet), zählt Boltenhagen zu den ältesten deutschen Seebädern. Der erste "Urlauber-Run" - er begann wohl um 1850. "Strandlöpfer" quartierten sich damals bei den Bauern und in bescheidenen Pensionen ein. Wer allerdings Wert auf etwas Luxus legte, buchte im "Großherzog von Mecklenburg" (1845 von dem Dassower Gastwirt Wiechmann erbaut). Mit seinen Gärten, Gewächshäusern, Kegelbahnen und Boulevards gab es dem ländlichen Boltenhagen ein neues Flair. Fortan ließen sich von Meeresluft und Sandstrand auch Prominente aller Art ins mecklenburgische Seebad locken. Alle finden: Boltenhagen tut gut!



Seebrücke Boltenhagen um 1930